

THERESE SCHLESINGER-ECKSTEIN · DAS FRAUENWAHLRECHT AUF SOCIALDEMOKRATISCHEN CONGRESSEN

Von den österreichischen Genossinnen war an das internationale socialistische Comité in Brüssel der Antrag gestellt worden, das Frauenwahlrecht als selbstständigen Punkt auf die Tagesordnung des internationalen Socialistencongresses in Amsterdam zu setzen. Das Comité hat diesen Antrag abgelehnt. Da die Gründe der Entscheidung, welche dem österreichischen Frauenreichscomité in einem Brief des Genossen Serwy vom 24. Juli 1903 mitgeteilt worden sind, den Antragstellerinnen nicht stichhaltig erschienen,¹⁾ so hegten diese die Absicht, nicht ohne weiteres auf die Durchsetzung des Antrages zu verzichten, sondern ihn nochmals einzubringen.

Nun traf es sich, dass der Punkt *Der internationale Congress in Amsterdam 1907* auf der Tagesordnung des Parteitages der deutschen Socialdemokratie zu Dresden stand. Das veranlasste mich, die ganze Angelegenheit in einem Artikel für die *Neue Zeit* klarzulegen, und der Redacteur war so freundlich, meinen Beitrag in jene Nummer aufzunehmen, die unmittelbar vor dem Beginn des Parteitages herauskam.

Die Erwartungen, die ich nach dieser Richtung hin an den Dresdener Congress knüpfte, wurden zunächst insofern übertroffen, als die Genossen von Frankfurt-Lebus den wesentlichsten Inhalt unseres Antrages zu einem Antrag (4a) an den Dresdener Parteitag formuliert hatten.²⁾ Der Referent zu dem betreffenden Punkt, Genosse Paul Singer, ist sehr warm für diesen Antrag eingetreten. Trotzdem fiel er, und zwar infolge der Ausführungen Clara Zetkins, die ihn lebhaft bekämpfte,

Sie machte erstens geltend, dass der Parteitag sich durch Annahme des Antrags 4a in Widerspruch setzen würde mit seiner Anschauung, die er durch Ablehnung des Antrages 85a beim Punkt *Bericht über die parlamentarische Tätigkeit* documentiert habe.³⁾ Dass sich der Parteitag nach Ablehnung dieses Antrages keineswegs selbst widersprochen haben würde, wenn er den Antrag 4a angenommen hätte, ist wohl ausser Zweifel. Genossin Zetkin konnte mit dieser Behauptung wohl nur meinen, dass sich der Parteitag durch Annahme des Antrages 4a mit den Ausführungen der Genossin Kähler in Widerspruch gesetzt hätte, welche vielleicht zur Ablehnung des Antrages 85a wesentlich beigetragen haben, aber nicht einmal das halte ich für richtig. Genossin Kähler sprach sich dagegen aus, dass die Fraction im Reichstag einen Vorstoss für das Frauenwahlrecht unternehme. Es sei zu gewärtigen, dass die Reactionäre demnächst versuchen würden, das Wahlrecht für den Reichstag zu verschlechtern. Dann würde der Augenblick gekommen sein, um für die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen einzutreten. Diese Behauptung wirkt etwas überraschend. Gerade dann, wenn unsere Genossen im deutschen Reichstag gezwungen sein würden, sich mit aller Kraft gegen eine Beeinträchtigung bisher anerkannter Rechte zu stemmen, gerade dann sollte der günstigste Augenblick sein, um für eine so gewaltige und grundlegende Erweiterung dieser Rechte einzutreten? Ich fürchte, dass, wenn die Frauen im Augenblick, wo den Genossen im Deutschen

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Der internationale Socialistencongress zu Amsterdam und das Frauenwahlrecht* in der *Neuen Zeit*, 1902-1903, II Bd., pag. 730 ff.

²⁾ Antrag 4a lautete: »Bei dem internationalen Bureau zu Brüssel, das den internationalen Socialistencongress zu Amsterdam für das Jahr 1904 vorbereitet, zu beantragen, dass die Frage der Förderung des Frauenwahlrechts auf seine Tagesordnung gesetzt werde.«

³⁾ Antrag 85a lautete: »In der nächsten Legislaturperiode dem Reichstag einen Antrag vorzulegen, der die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, directen Wahlrechts auf die Frauen fordert.«

Reich von den reactionären Parteien ein Kampf um das allgemeine Wahlrecht der Männer aufgezwungen würde, mit ihren Forderungen hervortreten, ihnen der Vorwurf nicht erspart bliebe, dass sie die Interessen der Arbeiterclassen aufs Spiel setzen wollen, um Frauenrechte zu erobern.

Aber man mag die Ablehnung des Antrages 85a und auch die Begründung der Genossin Kähler gutheissen oder nicht, die Annahme des Antrages 4a wäre weder mit der einen noch mit der anderen in Widerspruch gestanden. Wenn wirklich das Frauenwahlrecht als ein Punkt auf die Amsterdamer Tagesordnung gesetzt worden wäre, so wäre damit doch noch keineswegs im voraus bestimmt, welche Massnahmen zur Erreichung dieses Rechtes der internationale Congress den nationalen Parteien empfehlen würde und ob dieses Recht nur im Zusammenhang mit anderen Volksrechten oder gesondert zu fordern sei. Vielmehr wäre eben dann in Amsterdam Gelegenheit gegeben, über diese Frage zu discutieren, in der auch die Socialdemokratie Deutschlands durch die Ablehnung des Antrages 4a durchaus noch keine Entscheidung gefällt hat.

Genossin Zetkin sagte: »Ich würde es durchaus begrüßen, wenn auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Congresses gesetzt würde *Der Kampf um die Eroberung eines völlig demokratischen Wahlrechts*. Aber die Forderung des Frauenwahlrechts, so wie die Dinge heute für das Proletariat liegen, einzeln als Punkt der Tagesordnung zu behandeln, finde ich so wenig der Bedeutung des Congresses angemessen, als wollte man auf die Tagesordnung eines internationalen Congresses die Forderung unseres Programms setzen, den Beginn des Wahlrechts auf das 20. Lebensjahr zu normieren.« Welchen Vorteil es bringen sollte, alle Fragen der Demokratisierung des Wahlrechts auf dem internationalen Congress unter einem einzigen Punkt zu behandeln, ist mir ebenso unerfindlich, als gegen welches Princip es verstossen würde, eine von diesen Fragen, und zwar eine von der allergrössten Bedeutung, als selbständigen Punkt zu behandeln. Unsere Forderungen stehen doch alle mit einander in innigem Zusammenhang. Dürfen wir deshalb über keinen einzelnen discutieren oder Beschlüsse fassen, ohne über alle anderen zu reden? Wie wären dann überhaupt Verhandlungen und Beschlüsse möglich? Man stelle sich die Sache doch einmal praktisch vor! Die Durchführung des allgemeinen, directen und gleichen Wahlrechtes für Männer in jenen Ländern und Körperschaften, wo es noch an diesem fehlt, das Proportionalwahlrecht, eine gerechte Abgrenzung der Wahlkreise, das Frauenwahlrecht und etwa noch die Herabsetzung der Altersgrenze sollten unter einem Punkt verhandelt werden. Was bliebe da übrig, als diesen Punkt in so und so viele Punkte zu zerlegen und die Debatte über jeden gesondert zu führen, wenn diese nicht zu einer babylonischen Verwirrung führen soll? Der Gedanke, dass man einmal auch die Herabsetzung der Altersgrenze für Wahlberechtigte als Punkt auf die Tagesordnung eines internationalen Congresses setzen könnte, erscheint mir gar nicht so ungeheuerlich. Man wird es nur wahrscheinlich nicht tun, solange um vieles wichtigeren Fragen noch nie die Ehre einer eingehenden Debatte auf einem internationalen Congress zu teil geworden ist. Und dass es wichtiger ist, der politisch rechtlosen Hälfte der Bevölkerung überhaupt das Wahlrecht zu verschaffen, als denjenigen, denen dieses Recht gesichert ist, dazu zu verhelfen, dass sie es um einige Jahre früher ausüben können, das wird Genossin Zetkin gewiss ohne weiteres zugeben.

Genossin Zetkin hat allerdings weder den Dresdener, noch will sie den Amsterdamer Congress vorübergehen lassen, ohne die Frauenwahlrechtsfrage zu fördern. Auf ihre Anregung hin haben 32 locale Frauenorganisationen zum Punkt *Der internationale Congress* beantragt: »Der Parteitag erklärt: Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen gleichen, geheimen und directen Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muss das Frauenwahlrecht gefordert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.« Dieser

Antrag, der in Dresden angenommen wurde, ist gewiss ein sehr weitgehender, und da er zu einem Punct der vom internationalen Comité vorgeschlagenen Tagesordnung gestellt werden wird, so dürfte er wohl auch in Amsterdam zur Annahme gelangen, während, wie Genossin Zetkin mit Recht geltend machte, die Annahme des Antrages 4a auf dem internationalen Congress einstweilen auch dann noch zweifelhaft geblieben wäre, wenn der Dresdener Parteitag ihn angenommen hätte. Aber man konnte ja, und das war auch Singers Meinung, das eine tun und das andere nicht lassen. Wäre es gelungen, das Frauenwahlrecht auf die Amsterdamer Tagesordnung zu bringen, so hätte man zu diesem Punct den Antrag der Genossin Zetkin stellen können. Wäre es nicht gelungen, so hätte es ja den deutschen Frauen noch immer freigestanden, diesen Antrag bei einem anderen Punct einzubringen. Im letzteren Falle ist freilich keine Aussicht, dass über das Frauenwahlrecht eine nur annähernd so eingehende, propagandistisch wirksame Debatte wird geführt werden können, als dies möglich wäre, wenn dasselbe als selbständiger Punct auf die Tagesordnung käme, und gerade diese Debatte scheint mir besonders wichtig zu sein. Durch sie wie ja auch schon durch die blosse Tatsache, dass das Frauenwahlrecht auf der Tagesordnung des internationalen Congresses stände, würde die grosse Masse der Parteigenossen allerorts darüber belehrt werden, wie wichtig diese Frage ist, und dass sehr zahlreiche Parteigenossen dieses Anschauungsunterrichts noch bedürfen, ist un- doch allen klar.

Nach der Entscheidung in Dresden wollten erst viele österreichische Genossinnen von unserer ursprünglichen Absicht nicht lassen, und da uns der dort angenommene Antrag ausserordentlich zusagte, so bestand die Absicht, erst auf der Frauenconferenz und dann auf dem Gesamtparteitag in Wien einen entsprechenden Antrag zu stellen.⁴⁾ In seiner letzten Sitzung vor der Frauenconferenz hat indes unser Frauenreichscomité nach sehr eingehender Debatte beschlossen, davon Abstand zu nehmen. Es schien uns so gut wie sicher, dass unser Antrag im internationalen Bureau nochmals fallen würde, nun das Gewicht der deutschen Partei gegen uns in die Waagschale gelegt worden war. Und da schien uns die Gefahr gross zu sein, dass eine solche nochmalige Ablehnung auf viele unserer Genossinnen entmutigend wirken könnte. Dem wollten wir uns lieber nicht aussetzen. Wir erwogen dann die Einbringung des in Dresden angenommenen Antrages sowohl auf der Conferenz, als auf dem Parteitag, standen aber schliesslich auch davon ab, in der Erwägung, dass ein Antrag des gleichen Inhalts bereits im Jahre 1900 auf unserem Parteitag in Graz angenommen worden ist, freilich ohne dass er später einen erkennbaren Einfluss auf die Agitation geübt hätte. Auf der Frauenconferenz selbst wurde der Dresdener Antrag dann doch von mir eingebracht, womit ich nur der herrschenden Stimmung folgte, und von der Conferenz, wie auch später von unserem Parteitag einstimmig angenommen.

Der Gedanke, das Frauenwahlrecht auf die Amsterdamer Tagesordnung zu setzen, dürfte wohl nicht mehr vertreten werden und würde, wenn das selbst von irgend einer Seite geschähe, kaum durchdringen. Damit scheint mir eine treffliche Gelegenheit für diese Forderung, die noch viel zu wenig in das lebendige Wollen der Massen eingedrungen ist, Propaganda zu machen, auf Jahre hinaus versäumt zu sein, ein Entgang für die Vertiefung der socialdemokratischen Bewegung, wenn auch relativ nur ein kleiner.

Wenn uns dieser Verlauf der Sache auch eine Enttäuschung brachte, so müssen wir österreichischen Socialdemokratinnen doch zugeben, und nicht ganz ohne Be-

⁴⁾ Dieser Antrag sollte lauten: »Der Gesamtparteitag beantragt, dass das Frauenwahlrecht als selbständiger Punct auf die Tagesordnung des internationalen Socialistencongresses zu Amsterdam gesetzt werde. Als Resolution zu diesem Punct empfiehlt der Parteitag den auf dem Parteitag der Genossen Deutschlands zu Dresden bereits angenommenen Antrag, welcher lautet: [folgt der Antrag Zetkin].«

schämung, dass die politischen Forderungen der Frauen eine durchaus würdige Behandlung erfuhren auf einem Parteitag der Genossen Deutschlands, auf dem die Gemüter furchtbar erregt und die meisten Genossen ohne Zweifel ungeduldig waren, zu den brennendsten, alle Leidenschaften aufwühlenden Fragen des Parteilebens zu gelangen.

Wie wurden dagegen die Forderungen der Frauen auf dem letzten österreichischen Parteitag behandelt, auf einem Parteitag, auf dem tiefgehende Meinungsverschiedenheiten nicht zu Tage traten und sich eine lebhaftere Debatte eigentlich nur über die parlamentarische Tätigkeit, welche von Winarsky in aller Freundschaft angegriffen worden war, entwickelte! Auch diese Debatte ging nach einigen vorzüglichen Reden von beiden Seiten ihrem harmonischen Abschluss entgegen, als Adler ganz unerwartet die Frage nach der Richtigkeit unseres principiellen Standpunctes dem Militarismus gegenüber, an dem er manches zu loben fand, aufwarf. Drei Viertel eines Congresstages verging mit dieser Debatte, wobei man endlich zu dem Resultat gelangte, dass man nach zwei Jahren wieder darüber reden solle.

Hierauf ging man zum Punct *Wahlrechtsbewegung* über. Das Frauenreichscomité hatte diesmal die Absicht gehabt, irgend einen Antrag im speciellen Interesse der Frauen zu stellen. Indessen war aus der Mitte der Frauenconferenz, welche einen Tag vor Beginn des Parteitages abgehalten worden war, die Anregung hervorgegangen, die auf der Konferenz gefassten Resolutionen dem Parteitag zur Annahme vorzulegen. Um nun gewiss jedem noch so übertriebenen formalen Bedenken im voraus zu begegnen, wurde jede der Resolutionen von einigen Parteitagsdelegierten unterzeichnet und erst dann zu dem entsprechenden Punct der Tagesordnung eingebracht.

Der Punct *Wahlrechtsbewegung* war der erste, bei welchem eine dieser Resolutionen⁵⁾ zur Beratung kam, und mir, als derjenigen, welche diese Resolution auf der Frauenconferenz vorgeschlagen hatte, fiel es zu, sie auch auf dem Parteitag mit einigen Worten zur Annahme zu empfehlen. Es waren ihrer wahrhaftig nicht viele, denn ich nutzte die Redezeit von 10 Minuten nicht voll aus und sprach dabei noch über eine andere Frage der Wahlrechtsbewegung, aber ich konnte nicht umhin, die Genossen daran zu erinnern, dass ein Antrag, der sie verpflichtete, in der Agitation auch des Frauenwahlrechts zu gedenken, schon vor drei Jahren in Graz angenommen worden war, ohne weitere Beachtung gefunden zu haben⁶⁾, und dass sie der vorliegenden Resolution nur dann zustimmen möchten, wenn sie auch wirklich willens seien, das zu halten, was sie durch dieses Votum versprechen würden. Meine Worte fanden lebhafte Zustimmung, und unter den sechs zunächst folgenden Rednern waren

⁵⁾ Diese Resolution lautete: »Die Vertreterinnen der Socialdemokratinnen Österreichs erklären, mit besten Kräften dahin wirken zu wollen, dass das Classenbewusstsein immer weiterer Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erweckt und ihnen Verständnis für die Vorgänge des öffentlichen Lebens vermittelt werde. Sie wollen die Frauen wie bisher und, wo dies möglich ist, in höherem Masse, als bisher, aneignen, an allen politischen Tagesfragen Anteil zu nehmen und insbesondere die männlichen Genossen in ihren Wahlkämpfen wirksam und opferfreudig zu unterstützen. Zugleich aber erklären sie es für dringend notwendig, dass die proletarischen Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen lernen und bereit seien, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrechte der Frauen einzutreten. — Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, dass die socialdemokratischen Männer in höherem Masse, als bisher, die Frauen in dieser Aufgabe unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der socialdemokratischen Partei in Österreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben. Nur wenn alle Partesgenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das, was bisher an unseren principiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln.«

⁶⁾ Der auf dem Grazer Parteitag angenommene Antrag lautet: »Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, bei informativischen Zuschriften an die Organisationen darauf hinzuweisen, dass bei allen größeren Actionen der Partei, in Versammlungen, Zeitungsartikeln etc. die politische Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere das Wahlrecht der Frauen für alle Verwaltungskörper gefordert und begründet werde.«

drei, welche auf die Resolution und meine Ausführungen zurückkamen und denselben zustimmten; zwei von diesen sehr angesehenen und bewährten Genossen taten es mit grosser Wärme und Entschiedenheit. Nun machte Skaret Bedenken dagegen geltend, dass man die Resolution in die Debatte zog, und Adler erklärte ausserdem, die Frage sei nicht actuell und der Parteitag werde sich nicht eine Debatte über das Frauenwahlrecht *«aufdrängen»* lassen.

Dass gerade Adler, der kurz vorher eine schon gar nicht actuelle Sache angeregt hatte, nun die Frage, ob wir in der Wahlrechtsbewegung, in der wir uns eben befinden, auch für das Frauenwahlrecht eintreten sollen oder nicht, als so unactuell bezeichnete, dass es sich nicht verlohne, auf dem Parteitag darüber zu reden, obwohl ungerecht erscheinen. Auch hätte er es gewiss unterlassen können, die Anregung dieser Frage als ein *«Aufdrängen»* zu bezeichnen. Durch den Schluss der Debatte wurde ich daran gehindert, Adlers Standpunct auf dem Parteitag einer eingehenden Kritik zu unterziehen, und nur einem Seitenhieb, der gegen mich persönlich von anderer Seite gefallen war, hatte ich es zu verdanken, dass ich mich wenigstens in der, dem Zweck zwar nicht sehr entsprechenden Form einer persönlichen Bemerkung gegen die eben geschilderten Darlegungen wenden konnte. Obwohl ich unter dem Zwang dieser Form und in einer, wie ich meine, begreiflichen Erregung weniger sachlich und leidenschaftlicher sprach, als ich nachträglich wünschen muss, dass ich es getan hätte, so fanden meine Worte doch sehr lebhaft Zustimmung bei einem grossen Teil des Parteitages.

Wenn mir schon diese Tatsache einige Genugthuung gab, so tat das in noch höherem Masse die Versicherung mehrerer Genossen, die gleich mir durch Schluss der Debatte um die Gelegenheit gekommen waren, ihren Standpunct geltend zu machen, dass sie den meinigen durchaus teilen, und sie und viele andere Delegierte sprachen sich dahin aus, dass die Sache, die ich vertrat, wohl eine andere Behandlung verdienen würde, als ihr diesmal zu teil geworden war. Diesen Äusserungen schreibe ich fast mehr Bedeutung zu, als der einstimmigen Annahme der Resolution, die schliesslich erfolgte.

Ich hatte es zwar auch ohne besondere Versicherungen gewusst, dass nicht alle Genossen damit einverstanden sein können, wenn ein Punct unseres Parteiprogramms und noch dazu ein so entscheidender, in solcher Weise bagatellisiert wird; ich weiss auch von meinen Agitationsreisen her, dass es gerade in den Provinzorten besonders zahlreiche Genossen gibt, denen jeder Punct unseres Programms Überzeugungs- und Herzenssache ist, aber dass es trotzdem geschehen konnte, dass auf dem Parteitag so vorgegangen wurde, beweist, wie sehr gerade die Forderung nach der Gleichberechtigung der Geschlechter noch der Propaganda innerhalb der Partei bedarf, und das wohl nicht nur in Oesterreich, und darum erfüllt es mich mit um so grösserem Bedauern, dass die Gelegenheit, welche der internationale Congress zu einer solchen weithinwirkenden Propaganda bietet, wenn auch nicht versäumt, so doch nicht in vollem Masse ausgenutzt werden soll.

Den Socialdemokratinnen Deutschlands mag es ja vielleicht so scheinen, als wenn die Forderung nach der politischen Gleichberechtigung der Frauen in unserer Partei genügend anerkannt werde. Seit dem Dresdener Parteitag hat die socialdemokratische Fraction im Reichstag einen Antrag eingebracht, nach welchem die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten auf Grund des allgemeinen, geheimen und directen Wahlrechtes für alle grossjährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts gewählt werden sollen. Der socialdemokratische Abgeordnete Kloss trat in der Commission des württembergischen Landtages für das communale Wahlrecht der Frauen ein. Damit haben unsere Genossen im Deutschen Reich wieder einmal bewiesen, wie ernst es ihnen mit der Durchführung gefasster Beschlüsse ist. Ich erwarte nicht, dass unsere parlamentarischen Vertreter in Oesterreich ein gleiches tun werden. Wie die Verhältnisse in- und

ausserhalb des Parlaments hier liegen, ist vorläufig kaum daran zu denken, aber durchaus nicht verfrüht und, wie mir scheint, dringend notwendig wäre es, die Massen unserer männlichen und weiblichen Parteiangehörigen daran zu gewöhnen, dass diese Forderung berechtigt und ernst gemeint und nicht etwa nur zur Parade auf unser Programm gesetzt worden ist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Die Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Russland und Japan hat einen überraschend tiefen Eindruck auf die europäischen BÖRSEN gemacht, vor allem auch auf Berlin. In Berlin hätte die Stellungnahme der deutschen Regierung den Glauben an eine friedliche Lösung bis zuletzt aufrecht erhalten, und umso verheerender wirkte die Nachricht vom Sonntag, den 7. Februar. Wer die ausländische Presse verfolgt, wird den markanten Unterschied in der Behandlung und Auffassung der vorangegangenen Geschehnisse empfunden haben: in London und selbst in Paris das immer offenere Zugeständnis, dass der Appell an die Waffen nur noch eine Frage von Tagen oder Wochen sei — in Berlin fortgesetzte Beschwichtigung und gelegentlich sogar die ausgesprochene Verdächtigung, dass alle Alarmnachrichten nur das Werk jener seien, die eine sich vorbereitende friedliche Beilegung scheitern sehen wollten. Es mögen politische Berechnungen bei dieser Stellungnahme mitgewirkt haben, und sicherlich ist die deutsche Regierung nicht dazu da, die Börse unter Hintansetzung anderer Interessen vor Verlegenheiten zu behüten. An dem plötzlichen Umschlag der Strömung ist sie jedoch nicht ohne Schuld, und es ist kein Wunder, dass man manches gereizte Urteil hört, wo sonst Bülow oben war. Dazu tut die Regierung nunmehr manches, was eine ziemlich ernste Auffassung der Sachlage bekundet und was der Börse die Abschüttelung ihrer Verlegenheiten auch nicht gerade erleichtert. Das Auffälligste ist die plötzliche Unterbringung einer 70 Millionen-Anleihe (in 3 procentigen Consols) seitens Preussens, nachdem noch am 16. Januar bei Beginn der Landtagssitzungen feierlich durch die Thronrede angekündigt worden war: »Die Finanzlage des Staates

hat sich nach einer kurzen Zeit des Rückganges wieder günstiger gestaltet. Ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung zeigt sich in der Wiederbelebung des Verkehrs bei den Staatsbahnen und in der Hebung der Staatseinnahmen. Die Rechnung des Jahres 1902 hat günstig abgeschlossen. Im Rechnungsjahre 1903 wird voraussichtlich der zur Verfügung gestellte Staatscredit von 70 Millionen nicht in Anspruch genommen werden. Es wird sich vielmehr noch ein Überschuss ergeben. Auch im Entwurf des Staatshaushaltsetats für 1904 war es möglich, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Das jetzige verblüffende Vorgehen ist wohl nur aus dem Bestreben, zu erklären, in ganz ausserordentlicher Weise die finanzielle Position der Regierung zu kräftigen.

Zwischen Sonnabend, den 6., und Dienstag, den 9. Februar, gingen in Berlin Bank-, Schiffahrt-, aber auch Industriewerte fast ohne Ausnahme enorm zurück, und neben ihnen vor allem die russischen Fonds. Es verloren von den Banken (in Nominalprocenten): die *Discontogesellschaft* 9, die *Deutsche Bank* 8 $\frac{1}{2}$ %, die *Berliner Handelsgesellschaft* 10 $\frac{1}{2}$ %, die *Darmstädter Bank* 9, die *Dresdener Bank* 11,10, die *Nationalbank* 6,45, *Schaaffhausen* 8, *Österreichische Credit* 10,40, *Wiener Bankverein* 7, *Russenbank* 20,90. Aber auch die *Grosse Berliner Strassenbahn* wich um 5,80, die *Hamburger Packetschiffahrt* um 2 $\frac{1}{2}$ %, der *Norddeutsche Lloyd* um 5, *Bochumer Gussstahl* um 9, *Dortmunder Union* um 6 $\frac{1}{2}$ %, *Laurahütte* um 11,57, *Gelsenkirchen* um 10, *Harpener* um 4 $\frac{1}{2}$ %, *Hibernia* um 11 $\frac{1}{2}$ %, *Consolidation* um 25,70, *Rheinische Stahlwerke* um 12,60 und so fort. In der dritten Februarwoche wiederholte sich die gleiche Panik, so dass am 20. Februar fast alle Curse noch tiefer standen (*Discontogesellschaft* 12,10, *Deutsche Bank* 14,60 u. s. w.)

×

×